



Käufer-Schlange (in Kiew), Industrie-Reformer Kossygin: „Der Kapitalismus kommt wieder“

Sowjetwirtschaft: Manager an die Macht

Moskauer Zeitungen meldeten vorigen Dienstag den Beginn einer überraschenden Reform der sowjetischen Wirtschaftsverwaltung. Die Fabriken sollen in Konzernen zusammengefaßt werden, an deren Spitze Generaldirektoren

treten. Die Ministerialbürokratie, die bisher die Sowjetwirtschaft leitete, darf den Managern in den Betrieben keine Anweisungen mehr geben. Paßt sich der Sozialismus an die westliche Industrieorganisation an?

Im Vaterland der Staatswirtschaft will der Staat künftig aufs Wirtschaften verzichten — Manager übernehmen die Macht in den Sowjetbetrieben.

Das sieht eine Reform vor, die vorige Woche in Moskau angekündigt wurde: Die Betriebe werden zu Konzernen verbunden. Unabhängige Generaldirektoren sollen anstelle der Ministerialbürokratie die Industrie leiten.

Zentralkomitee der KPdSU und Ministerrat der UdSSR verordneten die Umorganisation: Betriebe und Betriebs-Vereinigungen sollen fortan unabhängig von der Zentrale weitgehend selbst bestimmen, was sie herstellen, welche Löhne sie zahlen, zu welchem Preis und an wen sie ihre Produktion verkaufen.

„Die meisten Fragen der Wirtschaftstätigkeit werden unmittelbar in den Unternehmen, Kombinat und Vereinigungen entschieden“, meldete die „Prawda“.

Den neuen Konzernen sollen auch Forschungsinstitute, Konstruktionsbüros und sogar Außenhandels-Organisationen angegliedert werden. Sie verfügen über eine autonome Rechnungsführung. An der Konzernspitze steht ein „Direktoren-Rat“, dem auch ein Gewerkschaftsvertreter angehört. Aber

einer ist der Boß: Die Unternehmungen werden nach dem Prinzip der „Einmannführung“ geleitet.

Der Abgang der Zeitung „Sowjetskaja Rossija“ auf die überzentralisierte Staatswirtschaft: „Wir können uns nicht mit alten Formen und Methoden zufriedengeben, wenn sie auch gestern gut gewesen sind.“

Gegen die „alten Formen“ hatte sich als erster — vor 16 Jahren — Rußlands großer Reformler Chruschtschow gewehrt:

In den unermeßlichen Weiten unseres Landes gibt es jetzt über 200 000 staatliche Industriebetriebe . . . Es liegt vollkommen auf der Hand, daß eine derart gewaltige Anzahl von Betrieben . . . schwer konkret und operativ aus Ministerien und Ämtern geleitet werden kann. Es erhebt sich die berechtigte Frage: Kann man die alten Formen beibehalten . . . und im Zentrum neue spezialisierte Ministerien und Verwaltungen schaffen?

Wir dürfen nicht naiv sein. Man muß bedenken, daß allein eine Reorganisation den Bürokratismus als solchen nicht aus der Welt schafft; die Bürokraten werden nicht verschwinden.

Ein Jahr, nachdem er selbst verschwunden war, kehrten Breschnew und Kossygin zu den alten Formen zurück: Sie schafften die von Chruschtschow eingeführten 105 regionalen

Volkswirtschaftsräte ab und setzten wieder — wie zur Stalin-Zeit — Ministerien als Leitungsorgane der Volkswirtschaft ein. Chruschtschow hatte 28 Industrie-Ministerien aufgelöst — heute gibt es 40, davon acht für den Maschinenbau und allein fünf für Erdöl.

Bis jetzt schreiben die Ministerialbeamten von ihren Moskauer Büros aus den Betrieben im ganzen Land Art und Umfang der Produkte vor, teilen Investitionen und Material zu, bestimmen Abnehmer und Absatzquote, setzen Lohnsumme und Gewinnhöhe fest. Will ein Betriebsdirektor von der Planaufgabe nur um ein geringes abweichen, muß er in Moskau rückfragen — oder er macht sich eines „Wirtschaftsverbrechens“ schuldig.

Bei der Zentralisierung von 1965 hatte Premier Kossygin, ein erfahrener Wirtschaftsfachmann, immerhin noch ein Statut durchgesetzt, das die betriebsinternen Rechte der Direktoren betonte. Aber viele konservative Industrie-Funktionäre blieben lieber bei der bequemeren alten Form, nur auf Weisung von oben tätig zu werden.

Bei einer Umfrage unter 240 Direktoren in Sibirien wünschte sich allerdings die Hälfte der Befragten mehr Einfluß auf die Investitionen, fast alle forderten mehr Kompetenz in Lohnfra-

gen. Jeder dritte befand, sein Unternehmen habe nicht mehr Selbständigkeit gewonnen: Die durch Kossygin's neues Statut erweiterten Rechte seien durch die neuen Ministerien wieder eingeschränkt worden.

Kossygin's Mini-Reform wurde verwässert; der Reform-Theoretiker Professor Liberman, der unter Chruschtschow empfohlen hatte, „den Betrieben bei der Gestaltung ihrer Produktion innerhalb eines festgelegten Planrahmens einen gewissen Spielraum“ zu gewähren, schwor ab: 1971 nannte er die zentrale Wirtschaftsführung „Ausdruck von Demokratismus“.

Doch zu dieser Zeit unternahm Kossygin bereits einen neuen Anlauf zur Modernisierung der Sowjetwirtschaft: Er berief den Reform-Theoretiker Wadim Trapesnikow — der die zentrale Detailplanung als „überlebt“ ansah — zum ersten Vizechef des Staatskomitees für Wissenschaft und Technik.

Dieses Komitee hat die Erfahrungen westlicher Länder auszuwerten. Einst eine Spionage-Organisation — ihr hatte der 1963 als West-Agent hingerichtete Oberst Penkowski angehört — entwickelte sich das Komitee kraft Einsicht in westliche Realitäten rasch zu einem Braintrust für eine Neuordnung der Sowjetwirtschaft. Neben Trapesnikow sitzt als Vizechef auch der weltläufige Kossygin-Schwiegersonn Gwischiani.

Trapesnikow beschäftigt sich mit „Leitungsproblemen“. Er richtete am 1. Februar 1971 in Moskau ein „Institut für die Leitung der Volkswirtschaft“ ein, auf dem sowjetische Wirtschaftsführer in Drei-Monats-Kursen zu Top-Managern umerzogen werden.

Konservative Kritiker — etwa an der Leningrader Universität — warnten vor dem „Managertum“ als einer kapitalistischen Ideologie. Dennoch wurden 1971 versuchsweise Fabriken verwandter Produktionsrichtung zu autonomen Trusts zusammengeschlossen. So bildeten sämtliche Autofabriken von Gorki, dem russischen Detroit, eine Produktionsvereinigung mit dem Generaldirektor Iwan Iwanowitsch Kisseljow an der Spitze. Dem Kfz-Manager mochte niemand aus Moskau ins Geschäft reden, zumal Kisseljow, 55, ZK-Mitglied ist und sein Freund Katuschew, früher Chefingenieur in Gorki, ZK-Sekretär.

Kisseljow blieben die chronischen Leiden der Sowjetindustrie erspart: Kompetenz-Wirrwarr und Interessenkonflikte zwischen Ministerien und Betrieben, Verschwendung von Kapital durch ständige Fehlplanungen am grünen Tisch, Unmündigkeit der Betriebsleiter bei einer Flut von Kontrollen, Vorschriften und Plan-Kennziffern.

Die Reform des gesamten sowjetischen Wirtschaftssystems war längst fällig. Den Durchbruch brachte das Produktionsergebnis des Jahres 1972: Die Wachstumsrate des Nationaleinkommens sank auf vier Prozent — die

niedrigste Rate der Nachkriegszeit. Die für Konsumgüter in diesem Jahr geplante Zuwachsrate mußte von 9,4 auf 4,5 Prozent halbiert werden.

Was die Entwicklung der Produktionskräfte in der UdSSR bremst, beschrieb vorigen Monat freimütig der Ökonom Alexander Birman (aus dem Reformerkreis um Liberman und Trapesnikow): die „administrativen Methoden“ der Lenkung. Birman forderte — in der Zeitschrift „Druschba narodow“ — ein Ende der direkten Einmischung des Staates in die Lenkung der Unternehmen. Das Ende kam nun rasch.

Die Industrieministerien sollen sich fortan nur noch mit Perspektivplanung, grundsätzlicher Investitionspolitik, langfristiger wissenschaftlicher Forschung und der Einführung neuer Technologie befassen. Die Hauptverwaltungen („Glawki“) der Ministerien,

zungen für bestimmte Reformvorhaben der sowjetischen Wirtschaft.

Nach Bekanntgabe der Reform frohlockte der Londoner „Guardian“ schon mit der Schlagzeile: „Der ‚Kapitalismus‘ kommt wieder.“

FRANKREICH/PROTESTE

Parlament Piepe

Immer wenn es Frühling wird in Paris, zittert Frankreichs Regierung vor einem neuen Mai. Einem Mai wie dem von 1968.

Am bis dahin wärmsten Tag in diesem Jahr, dem 22. März, zogen nahezu 200 000 junge Demonstranten durch die Straßen französischer Städte und sangen: „Heiß, heiß, heiß, der Frühling, der wird heiß.“



Demonstranten, Polizisten in Paris: „Die Straße hat die Macht“

die bislang die Fabriken bis ins Detail anleiten, werden aufgelöst.

Innerhalb von sechs Monaten haben die Ministerien Konzepte zu ihrer eigenen Entmachtung auszuarbeiten; bis zum 1. Juli 1974 muß die Reform abgeschlossen sein — dann bleiben anderthalb Jahre, um den Fünfjahresplan doch noch zu erfüllen. Denn als Ziel der Neuorganisation gilt die „weitreichendste Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung“.

Der überraschende Wandel im sowjetischen Wirtschaftssystem wurde durch die West-Annäherung des Kreml womöglich beschleunigt. Die Belgrader „Borba“ sagte am 13. März voraus:

Die außenpolitische Lage und die vielfältigen Wirtschaftsverbindungen der UdSSR zu anderen ... schaffen die Vorausset-

Mitte vergangener Woche sank zwar das Thermometer, aber das Revolutionsfieber stieg: In Paris und in Provinzstädten wie beispielsweise Straßburg zogen — nach offiziellen Schätzungen — 320 000 Protestler, in Wirklichkeit wohl eine halbe Million, durch die Straßen, bauten Barrikaden aus umgestürzten Autos und Bauzäunen, schleuderten Pflastersteine und Molotow-Cocktails. Die Polizei prügelte und schoß mit Tränengasgranaten — wie einst im historischen Mai.

Am 22. März des Revolutionsjahres 1968 hatten Anarchisten um Cohn-Bendit & Co. die Revolutions-Fackel in der Pariser Vorort-Universität von Nanterre entzündet. Auf den Tag genau fünf Jahre danach protestierten Schülertrupps gegen die sogenannte „loi Debré“, ein unter Frankreichs bisherigem